# Razzia nach Morddrohung in Dresden

## Ministerpräsident Kretschmer im Visier radikaler Impfgegner – Mittwoch greifen die Behörden durch

VON SIMONA BLOCK

**DRESDEN.** Nach den Morddrohungen gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) im Internet sind am Mittwoch sechs Objekte in Dresden und Heidenau (Sächsische Schweiz) durchsucht worden. Dabei stellten Beamte zahlreiche Beweismittel sicher, darunter Armbrüste und Waffen, wie ein Sprecher des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen an einem der Einsatzorte in Dresden-Pieschen sagte. Dort waren aufgrund entsprechender Andeutungen über Waffen in der Telegram-Chatgruppe namens „Dresden Offlinevernetzung" auch Spezialeinheiten des LKA dabei.

Seit einer Woche seien die Durchsuchungen vorbereitet worden. „Heute gab es den großen Schlag", sagte Sachsens Innenminister Roland Wöller (CDU). „Ich bin sehr dankbar, dass aufmerksam und akribisch hier im Landeskriminalamt auch für unsere Sicherheit und Ihre Sicherheit gearbeitet wird."

Bisher stünden fünf Männer und eine Frau unter Tatverdacht. Die Deutschen zwischen 32 und 64 Jahren sollen als Mitglieder der Gruppe „Dresden Offlinevernetzung" eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet haben. Das teilten die Generalstaatsanwaltschaft Dresden und das LKA im Zuge der Durchsuchung mit. Weitere Maßnahmen könnten folgen. Die Tatverdächtigen verbindet den Angaben zufolge die Ablehnung von Impfungen gegen das Coronavirus, dem Staat und der gegenwärtigen Corona-Politik.

Polizisten führen bei der Razzia im Dresdener Stadtteil Pieschen einen Tatverdächtigen aus einem Hauseingang. FOTO: SEBASTIAN KAHNERT/DPA

> **Ich bin froh, dass der Rechtsstaat heute im Freistaat gezeigt hat, wie wehrhaft er ist.**
>
> Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen

„Ich bin froh, dass der Rechtsstaat heute im Freistaat gezeigt hat, wie wehrhaft er ist", sagte Kretschmer am Mittag bei einem Besuch des Leipziger Impfzentrums. „Bedrohungen gegen Amtsträger, seien es Bürgermeister, Gemeinde- und Landräte, Wissenschaftler oder Journalisten, sind nicht hinnehmbar, werden nicht geduldet und mit aller Kraft verfolgt."

Der CDU-Politiker kündigte zudem zusätzliches Personal „für den Kampf gegen Extremisten" an. Jeder solle wissen, in Sachsen und in Deutschland könne man selbstverständlich seine Meinung sagen – auch was einem nicht gefalle. „Aber wenn Gewalt ins Spiel kommt, ist eine Grenze überschritten, was von uns nicht geduldet wird", sagte Kretschmer.

„Es ist ein klares Signal: Der Rechtsstaat ist handlungsfähig", sagte Innenminister Wöller. Geschlossene Chatgruppen seien kein anonymer Raum für die Vorbereitung von Straftaten und schützten nicht vor Strafverfolgung. Das LKA sei den Tätern der Chatgruppe auf die Spur gekommen, obwohl diese bereits gelöscht gewesen sei. „Telegram darf kein rechtsfreier Raum sein, in dem gewaltbereite Rechtsextreme unbehelligt Straftaten begehen können."

Das ZDF-Magazin „Frontal" hatte am 7. Dezember über radikale Gegner von Corona-Impfungen berichtet, die in der Chatgruppe „Dresden Offlinevernetzung" im Messengerdienst Telegram die Mordpläne gegen Kretschmer besprochen haben sollen. Einige Teilnehmer der Gruppe tauschten sich den ZDF-Recherchen zufolge nicht nur im Chat aus, sondern trafen sich auch in Dresdner Parks.

Die Drohungen hatten bei Politikern für Empörung gesorgt. Kretschmer selbst hatte betont: „Wir müssen mit allen juristischen Mitteln gegen solch eine Entgrenzung vorgehen. Menschen, die öffentliche Ämter haben, sollen keine Angst haben müssen, ihre Meinung zu sagen und ihre Arbeit zu machen."

Der Messengerdienst Telegram mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist in Deutschland nach Einschätzung der Behörden zum zentralen Forum militanter Corona-Leugner geworden. Unter anderem fordern deshalb Kretschmer und Innenminister Wöller andere rechtliche Handhabungen gegen Telegram. Auf dem Messengerdienst mobilisiert unter anderem auch die rechtsextreme Partei Freie Sachsen für Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen. Ihrem Kanal folgen knapp 113 000 Menschen.

### Söder: „Kein Pardon" bei Hass im Netz

**Bayerns Ministerpräsident** Markus Söder sieht die Demokratie durch die zunehmende Verbreitung von Hass und Hetze im Internet unmittelbar gefährdet. „Für uns ist relativ klar, dass dieser beginnende lautlose Prozess im Netz ein gefährlicher für die gesamte Demokratie sein kann und vielleicht sogar zur Explosion führen kann", sagte der CSU-Chef. Daher müsse die Politik auch mit einer nationalen wie europäischen Strategie darauf hinwirken, dass Messengerdienste wie Telegram nicht toleriert würden, sofern sie nicht gegen solche „Untriebe" vorgingen. Wer nicht mit den Behörden zusammenarbeite und entsprechende Inhalte lösche, müsse mit Bußgeldern bis hin zur Sperrung rechnen. „Da gibt es kein Pardon", sagte Söder.